

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1949

120 1/2 (17.12.1949)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag u. Samstag mittags, durch die Post 1.65 zuzüglich 45 Dpf. Zustellgeld, Einzelnummer 15 Dpf. Frei Haus 1.95, im Verlag abgeholt 1.65.

Badischer Landemann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreis: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

1./50. Jahrgang

Samstag, den 17. Dezember 1949

Nr. 120/1. Blatt

1,36 Milliarden DM

aus dem Gegenwertfonds freigegeben

Zur Finanzierung des Wiederaufbaus von Industrie und Landwirtschaft — 81,5 Millionen für Wohnungsbau

Berlin (DND). Die ECA-Sonderkommission für Westdeutschland hat am Freitag eine Summe von 1,36 Milliarden DM aus dem Gegenwertfonds des Marshallplanes freigegeben. 600 Millionen können sofort im Rahmen des Investierungsprogramms verwendet werden.

Wie aus einem Schreiben des Chefs der ECA-Mission an Vizekanzler Blücher hervorgeht, erwartet die ECA-Mission für die restlichen 436 Millionen DM ein umfassendes Investierungsprogramm der Bundesregierung zum weiteren wirtschaftlichen Wiederaufbau. Die Mittel sollen u. a. für Projekte der Energiewirtschaft, der Industrie, der Landwirtschaft und für den Wohnungsbau verwendet werden. Zur Behebung der Wohnungsnot ist ein Betrag von 81,5 Mill. DM vorgesehen. Dieser soll auf die einzelnen Länder aufgeteilt werden. 95 Millionen DM werden

zur Hilfe für die westlichen Sektoren von Berlin dienen. Gleichzeitig mit der Freigabe dieses Betrages kündigte die ECA-Mission weitere Zuwendungen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten an.

Der amerikanische Hohe Kommissar McCloy verwies u. a. auf den hohen Betrag von 220 Millionen DM für Projekte der Energiewirtschaft und erklärte, daß damit die Schwierigkeiten in der ganzen Stromversorgung aufgehoben würden. Auch Ernährung und Landwirtschaft seien mit 123 1/2 Millionen DM besonders berücksichtigt worden. Die Bundesrepublik brauche künftig nicht mehr große Nahrungsmittelmengen gegen Dollar einzukaufen. Mit den 81,5 Millionen zur Behebung der Wohnungsnot werde man verschiedene Bauvorhaben in der Bundesrepublik finanzieren können.

Tumultszenen im Bundestag

Erregte Remilitarisierungs-Debatte — Fraktionen lehnen Wiederaufrüstung ab

Von unserem DND-Korrespondenten

v. W. Bonn. Bei fast vollbesetzter Regierungsbank und nicht minder stark besetztem Plenum trat der Bundestag vor Beginn seiner Tagesordnung am Freitag in eine Debatte über das Interview ein, das Bundeskanzler Dr. Adenauer unlängst einer amerikanischen Zeitung zur Frage der Remilitarisierung gegeben hatte.

Präsident Dr. Köhler erteilte zunächst Dr. Adenauer das Wort zu einer Anfrage der KP-Fraktion im Zusammenhang mit dem bewußten Interview. Der Kanzler verneinte die fünf an ihn gerichteten Fragen, die sämtlich die Remilitarisierung betrafen und führte hinzu, daß über die Unterredung mit dem Korrespondenten der Zeitung „The Plain Dealer“ eine durch seinen stellvertretenden Presseschef angefertigte Niederschrift vorhanden sei, der er folgendes entnehme:

Zunächst sei bei der Unterredung die Frage der deutschen Einheit behandelt worden. Er, der Kanzler, habe dazu erklärt, daß diese unter allen Umständen anzustreben sei und daß man Berlin als eine „Bastion des Westens“ betrachte. Man müsse die Bundesrepublik und das Leben in ihr für die Bewohner der Ostzone „anziehend“ gestalten. Sodann habe er dem Korrespondenten gegenüber auf die schweren Verluste des letzten Krieges hingewiesen und schließlich von der Verständigung des Kontinents gesprochen. Dabei habe er ausdrücklich festgestellt, daß er es nicht wünsche, daß Deutsche in fremden Armeen dienen. Auch eine neue deutsche Wehrmacht wünsche er nicht. „Im alleräußersten Fall“ sei an „ein deutsches Kontingent im Rahmen der europäischen Föderation“ zu denken.

Den Erklärungen Dr. Adenauers, die mit großem Ernst aufgenommen wurden, folgten die Ausführungen der einzelnen Fraktionen. Für den Regierungsblock sprach der Abgeordnete von Brentano. Er stellte fest, daß das deutsche Volk, vom Krieg und seinen Folgen auf das schwerste betroffen, alle moralischen und materiellen Kräfte zusammenfassen müßte, um wieder zu geordneten Verhältnissen zu kommen. „Wir können die Hoffnung nicht aufgeben, daß es den Siegsmächten gelingen möge, nach dem Kriege endlich auch den Frieden zu gewinnen.“ Dem deutschen Volk liege daher der Gedanke an eine Wiederaufrüstung fern, denn ein neuer Krieg würde die Lebenshoffnungen der Deutschen begraben.

Die SPD mißbilligt

Für die SPD bemängelte der Abgeordnete Ollenhauer, daß der Bundeskanzler die Frage einer eventuellen Wiederaufrüstung — wenn überhaupt — statt vor dem Plenum des Parlaments in einem Zeitungs-Interview erörterte. Die SPD fordere erneut mit Nachdruck, daß die Bundesregierung vor lebenswichtigen Beschlüssen und Stellungnahmen das Parlament informiere. „Die SPD lehnt es ab, eine deutsche Wiederaufrüstung auch nur in Erwägung zu ziehen.“ Die Verantwortung für die Sicherheit des Bundesgebietes trügen die Besatzungsmächte. Das Kanzler-Interview habe zu einer verhängnisvollen Verwirrung dieses Tatbestandes geführt. Die Erweckung von Illusionen, als ob wir unsere Freiheit und Sicherheit selbst bewahren könnten, Aktivität nationalisierender und militaristischer Kreise, die „Morgenluft wittern“ und Zweifel an der friedlichen Politik der Bundesrepublik seien die Folgen dieses Interviews gewesen. Der Hinweis auf militaristische Ausbildung und Bewaffnung der sogenannten Volkspolizei in der Ostzone sei dafür keine Rechtfertigung.

Die Spaltung Deutschlands als Folge der Meinungsverschiedenheiten der Besatzungsmächte untereinander müsse durch die Politik der Bundesregierung und ihrer Repräsentanten nach Möglichkeit überwunden werden. „Es geht nicht um Wiederaufrüstung oder Waffenlosigkeit“, der gegenwärtige kalte Krieg in

Europa sei nicht zuletzt ein ideologischer Krieg, bei dem die moralischen Faktoren entscheidendes Gewicht hätten. Dafür habe Berlin ein erhebendes Beispiel gegeben. Abschließend stellte Ollenhauer namens der SPD-Fraktion fest, daß sie das Interview des Kanzlers nicht billigen könne.

Reimann zur Ordnung gerufen

Nachdem Dr. Etzel für die Bayern-Partei erklärt hatte, daß diese bei ihrem Antrag vom 6. Dezember 1949 bleibe, nach dem eine Wiederaufrüstung und die Verwendung deutscher Soldaten unter ausländischem Kommando mit Nachdruck abgelehnt wird, betrat der KP-Abgeordnete Max Reimann nach längerer Abwesenheit vom Bundestag erstmalig wieder die Rednertribüne. Schon bei seinen Worten „Ich spreche im Namen der ganzen deutschen Jugend“ kam es zu lebhaften Zwischenrufen auf der rechten des Hauses und bei der SPD. Als Reimann dann äußerte, daß das deutsche Volk schon einmal einem Kanzler „vier Jahre Zeit“ gegeben habe, rügte der Präsident diesen offensichtlich Versuch, den „Bundeskanzler“ mit dem sogenannten „Kanzler Hitler“ zu vergleichen. Bei der Bemerkung Reimanns schließlich, daß „eine geschlossene Erhebung der Arbeiterschaft“ die „ganze Marionetten-Regierung“ innerhalb 48 Stunden „wegwischen“ werde, erteilte Dr. Köhler dem Redner einen Ordnungsruf. Reimann wandte sich zum Präsidentensitz und erklärte — wie später bekannt wurde —, daß er trotzdem weitersprechen werde, auch wenn man ihn noch so oft rügte. Dies war aber bei dem Tumult, der inzwischen losgebrochen war, nicht mehr zu verstehen. In die Glocke des Präsidenten erschollen die im Bundestag nun schon allmählich üblich gewordenen Worte: „Schluß!“ — „Aufhören!“ — „Unerhört!“ und das Klappern der Pultdeckel ertönte, wie kürzlich bei der Schumacher-Bemerkung.

Sitzung wird unterbrochen

Als sich Präsident Köhler kein Gehör mehr verschaffen konnte, verließ er seinen Platz und ging zum Ausgang, dem auch die Mehrzahl der Abgeordneten zustrebte.

Nachdem sich der Ältestenrat mit der nunmehr geschaffenen Situation mehr als eine Stunde beschäftigt hatte, trat das Haus erneut zusammen. Dem Abgeordneten Reimann wurde Gelegenheit gegeben, eine Erklärung der KP-Fraktion vorzulesen, die in dem Antrag gipfelte: „Der Bundestag beschließt, dem Bundeskanzler zu untersagen, die Remilitarisierung in jeder Form — auch, wenn die Westmächte sie fordern — zu betreiben.“

Die Erklärung des Abgeordneten Loritz (WAV), in welcher dieser namens seiner Fraktion die Handlungsweise des Bundeskanzlers verurteilte, bemängelte ebenfalls, daß Adenauer ein Interview von so weittragender in- und ausländischer Bedeutung gegeben habe, ohne zuvor dem Parlament Vortrag zu halten.

Als einzige Frau sprach zu dieser Frage Frau Helene Wessel von der Zentrums-Fraktion. Sie erteilte von allen Seiten des Hauses wiederholt lebhaften Beifall, besonders, als sie feststellte, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes — (dies mit erhobener Stimme!) — vielleicht die ausgenommen, die es immer verstehen, sich im Kriege zu drücken oder sogar noch ein Geschäft aus ihm zu machen, — nicht den kleinsten Schritt auf einem Weg dulden wird, der irgendwie in einen neuen Krieg hineinführen könnte.“

Nachdem auch die Nationale Rechte durch ihren Sprecher, den Abgeordneten Richter, „jede Aussprache über das Problem einer Remilitarisierung“ als „eine unerhörte Zumutung“ abgelehnt hatte, solange nicht der Kriegszustand beendet und die absolute Souveränität Deutschlands auf allen Gebieten wiederhergestellt sei, ging das Haus nach Ablehnung des KP-Antrages, der im Hinblick auf die vorausgegangenen Ausführungen der Fraktionen als übermäßig bezeichnet wurde, zur Tagesordnung über.

Senkung der Zuckersteuer

Im Anschluß an die Remilitarisierungsdebatte befaßte sich der Bundestag am Vormittag noch mit einer Reihe von Gesetzentwürfen, die in verhältnismäßig schneller Folge an die zuständigen Ausschüsse überwiesen oder verabschiedet wurden. Den Auftakt bildete der Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer-Veranlagung für das zweite Halbjahr 1948 und das Kalenderjahr 1949. Mit großer Mehrheit angenommen und verabschiedet wurde auch das Gesetz zur Änderung der Zuckersteuer. Die Steuerentlastung um 9,50 DM pro Doppelzentner wird zum größten Teil den landwirtschaftlichen Erzeugern zugute kommen und damit eine Steigerung des deutschen Zuckerrübenanbaus ermöglichen. Dieser soll nach der Zielsetzung des Marshallplanes von der augenblicklichen Produktion von rund 500 000 Tonnen auf 800 000 Tonnen gesteigert werden.

Hedlers Immunität aufgehoben

Nach heftiger Debatte hob der Bundestag in seiner Nachmittagsitzung die Immunität des Abgeordneten Hedler der Deutschen Partei auf, so daß die gegen diesen erhobenen Beschuldigungen hinsichtlich antisemitischer Äußerungen und angeblicher Beschimpfungen der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 geichtlich geklärt werden können. Für die Aufhebung traten CDU-CSU, SPD und FDP ein, während KPD und Nationale Rechte sich gegen den Antrag stellten, weil die gegen den Abgeordneten erhobenen Beschuldigungen nicht genügend erwiesen seien. Hedler selbst hatte in einem Fernschreiben an den Bundestags-Präsidenten gebeten, dem Aufhebungs-Erachen von Schleswig-Holstein stattzugeben, damit die Wahrheit festgestellt werden könne.

Der Senat der Hansestadt Hamburg hat beim Bundestag die Aufhebung der Abgeordneten-Immunität des Rechtsanwalts Fritz Oellers (FDP) aus Hamburg beantragt, weil ein entsprechendes Aufhebungsbegehren der Staatsanwaltschaft vorliege. Wie verlautet, soll Oellers ein Vergehen gegen die Aktien-Gesetze im Zusammenhang mit Helgoland vorgeworfen werden.

Vorschuß für Kriegsgopfer

Eine weitere heftige Debatte ergab sich über das Gesetz zur Erhöhung der Renten für Kriegsgopfer und Hinterbliebene. Von allen Parteien wurde dabei bedauert, daß das Überbrückungsgesetz, das die Gewährung von Teuerungszuschlägen und eine Verbesserung der Leistungen an Witwen vorieht,

nicht mehr vor Weihnachten verabschiedet werden konnte. Dabei entstand ein heftiger Disput zwischen dem SPD-Abgeordneten Bazille, zugleich Vorsitzender des Zentralverbandes der Kriegsgopfer und Kriegshinterbliebenen, und dem KPD-Abgeordneten Renner. Letzterer forderte „in polemischen Ausführungen“, wie Bazille — selbst schwerkranken — erklärte, eine 13. Monatsrente, zahlbar noch vor Weihnachten. Bazille verlangte dagegen eine vorschubweise Zahlung im Sinne des geplanten Überbrückungsgesetzes, dann aber statt dieses vorläufigen Gesetzes ein endgültiges Versorgungsgesetz für Kriegsgopfer und Hinterbliebene.

Das Haus beschloß schließlich einstimmig, dem Antrag Bazilles zuzustimmen und das Bundesarbeitsministerium zu beauftragen, entsprechend dem geplanten Gesetz in Kürze mit der vorschubweisen Auszahlung zu beginnen, das endgültige Versorgungsgesetz nunmehr aber als endgültig vorzulegen.

Im britischen Außenministerium äußerte man sich am Freitagabend mit Befriedigung über die Bundstags-Debatte. „Die Reden zeigten“, so wurde erklärt, „daß die großen deutschen Parteien ebenso wie die britische Regierung gegen eine deutsche Aufrüstung sind. Die Reden bewiesen auch, daß die deutschen Parteien gewillt sind, sich an die Bestimmungen des Petersberger Abkommens zu halten, das die Deutschen verpflichtet, keine Wiederbewaffnung zu betreiben.“

Adenauer auf dem Petersberg

Neues Treffen mit den Hohen Kommissaren

Von unserem DND-Korrespondenten v. W. Bonn. Bundeskanzler Dr. Adenauer traf am Freitagnachmittag erneut mit den drei Hohen Kommissaren auf dem Petersberg zusammen. Wie verlautet, soll der deutsche Beitritt zur Ruhrbehörde Gegenstand der Unterredung gewesen sein. Die drei Hohen Kommissare waren am Vormittag zu ihrer Routine-Sitzung zusammengekommen. Wie vermutet wird, werden sie ein Gesetz über die Abänderung der Währungsgesetze und ein Gesetz über die Entmilitarisierung unterzeichnen.

Zum Präsidenten der Vereinigten Staaten

von Indonesien gewählt. Zum Ersten Präsidenten der Vereinigten Staaten von Indonesien wurde der Batavier Dr. Soekarno gewählt. Dr. Soekarno war bisher Präsident der Indonesischen Republik. (DND)

Britische Thronrede

Überblick über Amtstätigkeit der Regierung

London (DND). Das britische Parlament beendete am Freitag seine gegenwärtige Sitzungsperiode mit dem hergebrachten Überblick über die Amtstätigkeit der Regierung, der in einer Thronrede des Königs gegeben wurde.

In der Thronrede werden besonders die Bemühungen von Regierung und Volk um die Überwindung der dauernden wirtschaftlichen Schwierigkeiten hervorgehoben. „Glücklicherweise“ — so heißt es u. a. — „ist Arbeit für alle vorhanden und dank den unablässigen Bemühungen des britischen Volkes läßt sich eine merkliche Steigerung der Produktion verzeichnen. In Deutschland“, so führt die Thronrede weiter aus, „wurden in enger Zusammenarbeit mit den USA und Frankreich beträchtliche Fortschritte erzielt. Das vor kurzem geschlossene Petersberger Abkommen zwischen der alliierten Hohen Kommission und dem deutschen Bundeskanzler muß besonders begrüßt werden. Die britische Regierung hat gemeinsam mit der amerikanischen und der französischen auch weiter versucht — leider bisher ohne Erfolg — mit der Sowjetunion zu einer Einigung über die grundlegenden Probleme in Bezug auf Deutschland zu gelangen. Ein Ereignis von großer Bedeutung war der

Abschluß des Nordatlantischen Vertrages, eines Verteidigungsbündnisses von zwölf Mächten, deren jede sich verpflichtet hat, in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen im Falle eines bewaffneten Angriffs den anderen Vertragspartnern zu Hilfe zu kommen. Überzeugt von der Notwendigkeit enger Zusammenarbeit der europäischen Staaten hat die Regierung beschlossen, sich mit anderen europäischen Mächten zur Gründung des Europa-Rates zusammenzuschließen und beobachtet mit großem Interesse die Fortschritte dieses Unternehmens zur Förderung des internationalen Zusammenwirkens.“

Der Rest der Thronrede beschäftigt sich mit den wichtigsten Ereignissen in Großbritannien während der abgeschlossenen Sitzungsperiode.

Noch drei Werke im Streik

In drei der vier Londoner Kraftwerke, wo Streiks ausbrachen, befinden sich die Arbeiter noch immer im Ausstand. Vertreter der Gewerkschaften hatten am Freitag Besprechungen mit der staatlichen Elektrizitätsverwaltung. Das Militär, das zur Aufrechterhaltung der Stromerzeugung in den drei Kraftwerken eingesetzt ist, konnte noch nicht zurückgezogen werden.

Auf dem Luftweg entkommen

Polnische Flüchtlinge auf Bornholm gelandet

Kopenhagen (DND). Ein polnisches Passagierflugzeug mit 15 Personen an Bord landete am Freitag auf der dänischen Insel Bornholm. Die Fahrgäste sagten, sie seien politische Flüchtlinge und wollten nach England gehen. Das Flugzeug befand sich auf einem fahrplanmäßigen Flug von Warschau nach Gdingen; es änderte dann seinen Kurs. Die dänischen Behörden werden voraussichtlich den Weiterflug des Flugzeuges gestatten.

„Spionage“ und kein Ende

Der Breslauer Prozeß rollt an

Breslau (DND). Vor einem polnischen Militärgericht begann am Freitag die erste Verhandlung gegen französische Staatsangehörige wegen Spionage und Sabotage. Außer vier Franzosen — zwei von ihnen waren beim Konsulat in Breslau angeheuert — stehen auch ein Pole und ein Deutscher vor Gericht.

In der Anklageschrift wird behauptet, daß französische Diplomaten in Polen ihre diplomatischen Vorrechte dazu mißbraucht hätten, militärische, wirtschaftliche und politische Auskünfte zu sammeln, ferner Handlungen vorzubereiten, durch die die wirtschaftliche und die Verteidigungsmacht Polens untergraben werden sollten. Als einer dieser Punkte wird ein Versuch erwähnt, Luftschächte von Kohlenruben zu zerstören. Dem angeklagten Deutschen wird zur Last gelegt, daß er den Franzosen eine Probe eines für die polnische Verteidigung sehr wichtigen Erzes übermittelt habe.

Die Angeklagten befinden sich seit März in Haft. Dem französischen Konsul wurde erst nach Ausfertigung der Anklageschrift gestattet, die Verhafteten aufzusuchen. Der Konsul berichtete, daß diese sich körperlich und seelisch in schlechter Verfassung befinden. Der französische Botschafter in Warschau wurde angewiesen, bei der polnischen Regierung nachdrücklich gegen die Pläne der Verhandlung zu protestieren.

In freier Abstimmung

Bundesminister Hellwege in Freiburg
 Freiburg (DND). Auf Einladung von Staatspräsident Wohleb besuchte Bundesminister Hellwege die badische Regierung in Freiburg. Bei dem Zusammensein der Regierungsmitglieder und führender Persönlichkeiten erklärte der Bundesminister zur Frage der Neuordnung im Südweststaat, daß die Bevölkerung der gewachsenen Länder Baden und Württemberg in freier Abstimmung über ihr Schicksal entscheiden solle.

In einer Pressebesprechung teilte Minister Hellwege mit, daß Baden das erste der deutschen Länder sei, das er besuche. Er wolle sich über die politische und wirtschaftliche Lage informieren und habe die Absicht, auch noch weitere Länder zu besuchen.

Gesetzentwurf über Abschluß der Entnazifizierung

Stuttgart (DND). Das württembergische Justizministerium hat dem Staatsministerium einen Gesetzentwurf über den Abschluß der Entnazifizierung zugeleitet. Nach der Vorlage soll Berufsbekämpfung sowie der Entzug des aktiven und passiven Wahlrechts nur für Hauptschuldige und Belastete bestehen bleiben.

Gewaltsam aus dem Landtag entfernt

München (DND). Der bayrische Landtagsabgeordnete Karl Melsner (Deutscher Block) wurde am Freitag von mehreren SPD-Abgeordneten gewaltsam aus dem Landtag entfernt. Melsner soll in einer Kundgebung des Deutschen Blocks erklärt haben, die parlamentarische Demokratie von heute müsse zerschlagen werden. Zu einem weiteren Zwischenfall kam es, als die „Münchner Abendzeitung“ im Landtag verteilt wurde. Die Zeitung enthielt einen Bericht über eine Geheimversammlung der SS in München, zu der die sog. „Vaterländische Union“ eingeladen habe. In beiden Fällen sollen die Vorgänge geprüft werden.

Planmäßig nach Westen abgeschoben?

Asylrecht nur für politische Flüchtlinge
 Gießen (DND). Im hiesigen Durchgangslager für illegale Grenzgänger treffen seit einiger Zeit laufend Fürsorgeempfänger und ältere Leute aus allen Teilen der Ostzone ein. Nach Aussagen von Flüchtlingen sollen die Fürsorgeempfänger nach Westdeutschland abgeschoben werden, weil sie der Ostzone zur Last fallen. Der Leiter der Prüfungskommission im Lager Gießen wies darauf hin, daß nur solchen Leuten Asylrecht gewährt werden könne, die aus politischen Gründen nach Westdeutschland geflohen sind.

Pieck und Dertinger fahren nach Moskau

Zur Teilnahme an Stalins Geburtstagsfeier
 Berlin (DND). Der sowjetische Außenminister Wyschinski ist am Freitag vormittag von Berlin nach Moskau abgereist. Vor seinem Abflug hatte er noch eine kurze Unterredung mit einigen Vertretern der Sowjetzonenregierung.
 Die ostdeutsche Nachrichtenagentur gab am Freitag abend bekannt: Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck und Außenminister Dertinger werden noch heute nach Moskau abreisen, um an den Feiern zum Geburtstag Stalins am 21. Dezember teilzunehmen. Mit ihnen begibt sich der Erziehungsminister, der Finanzminister, ferner Bürgermeister Ebert von Ostberlin, Vertreter der Länderparlamente, der deutschen Jugend, der Frauenorganisationen, der Gewerkschaften, der Universitäten und weiterer Organisationen nach der sowjet-russischen Hauptstadt.

Urteilsverkündung am Montag?

Verhandlung gegen von Manstein beendet
 Hamburg (DND). Im Prozeß gegen den ehemaligen Generalfeldmarschall von Manstein wurde am Freitag die Verhandlung geschlossen. Der Gerichtshof vertagte sich auf Montag. Man erwartet, daß das Militärgericht dann sein Urteil verkündet wird. Wenn bis zum Montag kein Beschluß des Gerichts gefaßt ist, wird eine weitere Vertagung eintreten.

Mißtrauen gegen Joliot-Curie

Hohe Offiziere der Westmächte beanruht
 Paris (DND). Hohe Offiziere der Westmächte sind darüber beunruhigt, daß Berichte über amerikanische und englische Geheimwaffen dem französischen Generalstab überlassen werden. Vor allem ist man darüber beunruhigt, daß diese Berichte auch der französischen Atom-Kommission zur Kenntnis gelangen, deren Leiter der bekannte Kommunist Frederic Joliot-Curie ist. Dessen kürzlicher Besuch in Moskau anlässlich der Feierlichkeiten zum Jahrestag der kommunistischen Oktoberrevolution hat in militärischen Kreisen der Westmächte große Verärgerung hervorgerufen. Der französische Deputiertenkammer ging eine Anfrage zu, ob die Geheimhaltung der Atomproduktion bei einem Mann wie Joliot-Curie gewährleistet sei, dessen bedingungslose Loyalität gegenüber Moskau bekannt ist.

Auf einer Pressekonferenz in Paris — die allerdings von der französischen Presse ignoriert wurde — erklärte Joliot-Curie, daß er über die Fortschritte Rußlands auf wissenschaftlichen Gebieten, vor allem Dingen auf dem Gebiet der kosmischen Strahlen, über rascht gewesen sei.

Neue Staatsflagge der Ukraine

Und eine neue Nationalhymne
 Kiew (DND). Durch eine Verordnung des Präsidents der Ukrainischen Sowjetrepublik wurde der Sowjet-Ukraine ein neues Wappen, eine neue Staatsflagge und eine neue Staats-hymne verliehen. Während das neue Wappen im Vergleich zu dem alten nur geringe Änderungen aufweist, zeigt die neue Staatsflagge

nicht mehr wie bislang eine, sondern zwei Farben — rot und blau. Die alte nationale Flagge der Ukrainer, die noch von der ukrainischen Emigration in aller Welt anerkannt wird, besteht ebenfalls aus zwei Farben — blau und gelb. Die Verfasser der neuen Nationalhymne „Es lebe Ukraine“ sind die Dichter Basham und Tytschyna.

Giulianobande fälscht Schecks

Warnung an die italienischen Banken
 Rom (DND). Die italienischen Banken sind seitens des Italienischen Innenministeriums auf die Herausgabe einer großen Anzahl gefälschter Schecks durch die Giuliano-bande aufmerksam gemacht worden. In zahlreichen Fällen sind bereits solche Schecks an den Bankschaltern vorgewiesen worden. Man hat außerdem auch Schecks mit der eigenhändigen Unterschrift des Banditen gefunden, von denen man annimmt, daß sie von der Bande zur Bezahlung ihrer Helfershelfer benutzt werden.

Gekrimmsvolle Schwerbewaffnete

In Niederösterreich aufgetaucht
 Wien (DND). Im nördlichen Teil von Niederösterreich sind neuerlich schwerbewaffnete Männer aufgetaucht, die sich als ukrainische Partisanen bezeichnen und angeben, sich nach Oberösterreich in die amerikanische Zone durchschlagen zu wollen. Sie verlangten bei den Bauern Lebensmittel und Kleider und zwangen einen Chauffeur, sie mit seinem Lastwagen „zu den Amerikanern“ zu fahren. Als der Treibstoff ausging, flüchteten sie.

Das „Paradies“ in den Bergen

Land ohne Steuern und fast ohne Xmtar — San Marino, die älteste Republik der Welt

San Marino gehört unzweifelhaft zu den geographischen Kuriositäten unseres Erdteils. Man erinnert sich, daß es einer der vier Zwergstaaten ist, die sich dem Zugriff beute-lustiger Eroberer und den großen nationalen Verschmelzungs-Prozessen entzogen haben. Selbst Napoleon war sehr davon beeindruckt, daß sich die Republik durch so viele Jahre erhalten hatte. Er ließ sie ungeschoren, bot ihr sogar einen Landzuwachs an. Aber die Republik lehnte dies im Geist ihres Gründers, des später heilig gesprochenen Marinus ab, der gesagt haben soll: „Wir verlangen keinen Zöllbreit fremden Landes, sind aber auch nicht bereit, selbst einen aufzugeben.“ Sicherlich wäre es besser um den Frieden auf dieser Welt bestellt, wenn sich auch die Führer größerer Staaten an diesen loblichen Grundsatz hielten! Die Völker würden solchen „Heiden“ wahrscheinlich ebenso gerne ein Denkmal setzen, wie die Marinesen dem wackeren Manne, der es wagte, ein Geschenk Napoleons auszuschlagen.

Nur 15 000 Einwohner

Marinus gründete wahrscheinlich im vierten Jahrhundert ein Kloster, um das sich nach und nach eine Siedlung entwickelte. Heute wohnen noch nicht einmal 15 000 Menschen in der kleinen Republik. Ihr ganzes Gebiet ist kaum 8 km lang und breit. Es zieht sich recht weitverloren auf dem Ostabhang der Apenninen, auf dem Monte Titano, hin, der aber gar nicht so gewaltig titanisch ist, den seine drei charakteristischen Gipfel gehen über 756 m nicht hinaus. Auf jeder Spitze steht ein Turm und diese drei Türme sind Markensammeln ein vertrauter Anblick. Die Bewohner von San Marino schreiben zwar nur sehr wenig Briefe — die ältere Generation ist in dieser Kunst meist unerfahren — aber die Sammler der ganzen Welt wünschen sich die bunten Papieren. Es gibt sogar Flugpostmarken, obwohl sich nie ein Aeroplan in diese Gegend verirrt, wo selbst das Auto noch eine Sehenswürdigkeit ist.

Der Erlös aus den Briefmarken deckt fast die Gesamtausgaben des Staates. Man darf einem Österreicher gar nicht erzählen, wie lächerlich gering die Steuern in San Marino sind, sonst platzt er vor Neid. Freilich ist das Land auch nur sehr ärmlich mit Ämtern ausgestattet. Um jeder Korruption zu entgegen, die sich aus Familienbeziehungen ergeben könnte, werden die Beamten aus dem „Ausland“, aus Italien, bezogen. So die mächtige Streitmacht von 12 Polizisten, der Richter, die drei Amtsärzte, die die ganze Bevölkerung kostenlos behandeln. Nur die eigentliche Regierung wird nach einem durch Jahrhunderte erprobten Verfahren von den erwachsenen Männern gewählt.

Jeder muß wählen

Da Wahlzwang besteht, muß jeder zur Urne. Schulmädchen in weißen Kommunikonkleidern stehen daneben, um jenen Mitbürgern zu helfen, die des Lesens und Schreibens nicht kundig sind. Man glaubt, daß die jungen Geschöpfe in ihrer Unschuld keines Wahlschwinds fähig sind und die Erfahrung scheint diesen Glauben zu bestätigen. Der gewählte „Große Rat“ ernannt aus seiner Mitte einen Senat von 12 Mitgliedern und dieser wählt wieder sechs angesehene Mitbürger für die höchste Würde im Staate, die Kapitän-regentschaft, aus. Die sechs Namen werden zu drei Paaren vereinigt und von einem Priester in eine silberne Urne gelegt. In einer öffentlichen Feierlichkeit zieht ein blinder Knabe eines der Röllchen. Die darauf Verzeichneten sind für ein halbes Jahr gemeinsam die Führer des Ländchens.

So hat man in dieser Demokratie auch der Vorsehung noch ein wenig Spielraum gelassen. Immerhin ließ diese im Herbst 1940 zu, daß Regenten der von Mussolini angeregten und unterstützten faschistischen Partei San Marinos den Krieg an Großbritannien erklärten. Aber einen Monat später überbrachte ein Fremder dem Botschafter der Vereinigten Staaten in Rom einen geheimen Brief an Churchill, der von Tausenden Marinesen unterschrieben war. Man stellte darin fest, daß nur die eiserne Faust Mussolinis San Ma-

Bundespräsident besucht Schleswig-Holstein.

Bundespräsident Heuss besucht im Januar die Regierung von Schleswig-Holstein. Er wird am 18. Januar in Kiel erwartet. (DND)

Aus Rußland heimgeliebt. Im Lager Mochendorf trafen wieder 394 Rußlandheimkehrer ein. Nach Württemberg-Baden wurden 163 Heimkehrer weitergeleitet. Die Mehrzahl der Gefangenen kommt aus den Lagern Dnjepropetrowsk und Katlajerbe. (DND)

Moskau meldet neuen Atomzertrümmerer. Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur gab am Freitag bekannt, daß die Sowjetunion einen neuen Atomzertrümmerer erfunden habe. Dieses Gerät arbeite bedeutend besser als die Anlagen in den Vereinigten Staaten.

260 Jahre Französisches Gymnasium

Jubiläum einer historischen Berliner Schule
 Berlin (DND). Das Französische Gymnasium in Berlin konnte dieser Tage sein 260-jähriges Bestehen feiern. Der Französisch-Hohe Kommissar, M. André François-Poncet, dessen Sohn diese Schule besuchte als sein Vater Botschafter in Berlin war, richtete eine Glückwunschkarte an die Schule. In der er betonte, daß dieser französische Baum, der auf deutschem Boden fortgepflanzt und ernährt worden sei, gute Früchte getragen habe und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Gymnasium beitragen möge, auf humanistischer Grundlage ein geeintes Europa aufzubauen.

Das Französische Gymnasium, auf welchem aller Unterricht in französischer Sprache gehalten wird, hat über 200 Schüler. Es wurde vor 260 Jahren vom Großen Kurfürsten für die wegen ihres protestantischen Glaubens aus Frankreich Geflohenen gegründet.

rino zur Kriegserklärung gezwungen habe und daß man gegen die Achse stünde. „Lang lebe die Freiheit!“ ließ es am Ende

Arm, aber stolz
 Nun kann sich die kleine Republik wieder mit ganzer Kraft dem Markendhandel hingeben. Es wäre aber eine Täuschung, wenn man San Marino für ein reiches Land hielte. Der Boden gibt nicht viel her. Viehzucht und Weinbau werfen trotz fleißiger Arbeit nicht viel ab. Doch als vor etwa 80 Jahren ein internationales Konsortium ein Spielkasino als Konkurrenz zu Monte Carlo errichten wollte, lehnten die Regenten den Plan ab. „Nicht materieller Wohlstand, sondern Stolz auf die Unabhängigkeit und Ehrenhaftigkeit sichern den guten Namen freier Staaten“, war ihre Meinung. Und damals wie heute zog es San Marino vor, arm aber stolz zu sein.
 Es scheint, als ob die Freiheit doch Heber auf den Bergen wohnt. Ob man nicht dafür sorgen sollte, daß die kleine Republik nicht nur in den Alpen der Markensammeler, sondern auch in den demokratischen und volksdemokratischen Lesebüchern als Musterbeispiel erscheint? F.V.

Hinter meterhohen Zuchthausmauern

Was geschieht mit den Lebenslänglichen?

Von Hans Jesse
 Seit dem Inkrafttreten des Bonner Gesetzes sind einige Aufsehen erregende Mordfälle verhandelt worden, die früher mit der Todesstrafe geahndet worden wären. Heute ist das höchst-mögliche Strafmaß Zuchthaus. Wie sieht es hinter Zuchthausmauern aus? Wie leben die Strafgefangenen? Unser Mitarbeiter hatte Gelegenheit, ein westdeutsches Zuchthaus zu besuchen.

Von meterhohen dicken Mauern umgeben, liegt das massige rote Backstein-Gebäude am Rande einer westdeutschen Großstadt. An den beherrschten Punkten des Komplexes kleine Aufbauten: Wachtürme, mit bewaffneten Justizbeamten besetzt. Das wuchtige Eisentor am Eingang der Anstalt hat sich hinter mir mit dumpfem Knall geschlossen. Ein uniformierter Angehöriger der Justizverwaltung drückt mir eine in ein Cellophan-Etui gesteckte Ausweis Karte in die Hand. „Verlieren Sie sie nicht, sonst kommen Sie hier nicht mehr raus.“ Ich merke mir die Kontrollnummer, lasse den Ausweis in eine meiner Rocktaschen gleiten, gehe über einen schmalen Hof und betrete den Verwaltungsbügel des Zuchthaus, eine lange Reihe schmuckloser Türen mit den verschiedensten Aufschriften.

Der Mann im Glaskasten
 Hier ist die gesamte Verwaltung der Straf-anstalt untergebracht. Ich passiere einige weitere schwere Stahltüren, die sich alle hinter mir mit dem gleichen dumpfen Geräusch schließen und stehe nun in der Zentrale. In einem Glaskasten, der freie Sicht nach allen Seiten des panoptisch angelegten Gebäudes ermöglicht, sitzt der wachhabende Beamte. Mein Blick geht über die langen Korridore, Zelle liegt an Zelle. Auf den Gängen patrouillieren Beamte auf und ab. Eine unheimliche Ruhe liegt in dieser frühen Nachmittagsstunde über den weißen und hohen Fluren. Durch schmale Lichtschlitze fällt das Sonnenlicht auf den mit Steinfliesen ausgelegten Boden. Die Wände sind einfach weiß gekalkt. Es herrscht peinlichste Sauberkeit.

Vor einer der vielen Zellentüren machen mein Begleiter und ich Halt. Unter einem kleinen Guckloch steht 9 qm und 24 cm. Der Leiter der Anstalt läßt die Zellentür aufschließen und ich stehe drei Gefangenen gegenüber. Sie tragen blaue Arbeitsanzüge, auf den Rücken ist mit einer nicht abwaschbaren Farbe ein großes J.V. aufgepinselt. „Justizverwaltung“ erläutert der Beamte und fügt hinzu: „Diese drei dürfen wegen Krankheit bzw. schlechter Führung nicht arbeiten.“ Arbeitslos im Zuchthaus zu sein, ist eine schwere Strafe.

In einer Zelle...
 Mir fällt auf, daß die Strafgefangenen normalen Haarschnitt tragen und gut rasiert sind. „Geschorene Haare, körperliche Züchtigung und das „Du“ bei der Anrede zwischen Wachpersonal und Gefangenen gibt es schon lange nicht mehr. Der einzige Unterschied zwischen

Wirtschafts-Nachrichten

Süddeutsche Preisbehörden tagten

Auf einer mehrtägigen Besprechung von Vertretern der Preisbehörden Südwürttembergs mit Delegierten der zuständigen Stellen von Südbaden, Nordwürttemberg-Baden und Bayern auf dem Kniebis wurden Fragen behandelt, die mit der geplanten Einführung des Wirtschaftsrechts in den Ländern der französischen Zone nach dem Beispiel der Doppelzone zusammenhängen. Regierungsdirektor Dr. Funk, Tübingen, begründete als Hauptreferent die Notwendigkeit der Preisüberwachung mit dem Hinweis auf das Mißverhältnis zwischen Preisen und Löhnen, das in Wirklichkeit noch größer sei, als in den offiziellen Statistiken zum Ausdruck komme. Der erhöhte Gewinnquote des Unternehmers stehe ein geringer gewordenen Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten gegenüber. Eine Preisfreigabe könne nur bei ausgeglichener Marktlage erfolgen. Soweit Preisobergrenzen festgesetzt würden, müsse auch für die Einhaltung der Preisnachweis- und Preisauszeichnungen Bestimmungen gesorgt werden. Monopolistische Tendenzen müßten gebrochen werden. (VWD)

Auf Erhaltung der Anwartschaft achten!

Die Landesversicherungsanstalt Württemberg weist darauf hin, daß mit Wirkung vom 1.1.1949 zur Erhaltung der Anwartschaft in der Invalidenversicherung mindestens 26 Wochenbeiträge und in der Angestelltenversicherung mindestens 6 Monatsbeiträge für jedes Kalenderjahr zu entrichten sind. Werden weniger Beiträge geleistet, können unter Umständen erhebliche Nachteile für die Versicherten entstehen. Dies gilt auch für Flüchtlinge, die an einen ausländischen Versicherungs-träger Rentenversicherungsbeiträge entrichtet haben und ihre Ansprüche hierauf aufrecht erhalten wollen.

Preis-Lohn-System noch nicht gelöst

Die Deutsche Angestelltengewerkschaft beschloß in Stuttgart, die Gehaltstarife für Behördenangestellte zu kündigen. An der Sitzung haben Vertreter aller Länder und Abgeordnete des Bundestages teilgenommen. Die Gewerkschaft erklärt, das Preis-Lohn-System sei noch nicht gelöst worden. Deshalb habe man die Tarife gekündigt. Die Gehälter der Behördenangestellten müßten höher werden, weil die Preise nicht gesenkt worden seien. (DND)

50 Mill. DM Defizit im Nachtragshaushalt

Der Finanzminister von Württemberg-Baden, Dr. Kaufmann, erklärte, der Nachtragshaushalt des Landes für 1949/1950 enthalte 50 Mill. DM an ungedeckten Ausgaben. Das Defizit habe sich trotz der Einstellung von 73 Mill. DM aus Einsparungen und 16 Mill. DM für den außerordentlichen Haushalt ergeben. Für das kommende Rechnungsjahr habe er „größte Besorgnis“. Es sei nicht ersichtlich, wie im Jahre 1950 ein Ausgleich erzielt werden könne. (VWD)

Zuchthaus und Gefängnis liegt nur in einer längeren Arbeitszeit, in der größeren Differenz zwischen den einzelnen Besuchszeiten und der geringeren Korrespondenzmöglichkeit. Die Verpflegung ist in Zuchthaus und Gefängnis die eines Normalverbrauchers.“

Ich blinke mich in der Zelle um. Es ist nur das Notdürftigste vorhanden: ein Spind, Waschgelegenheit, ein Becken, drei übereinander gestellte Betten mit Decken und Strohsack, ein Tisch und drei Schemel. Im Spind entdecke ich ein Buch und erfahre, daß jeder die Möglichkeit hat, wöchentlich eines zu entleihen. Wissenschaftliche und literarische Werke bedürfen zur Ausleihung einer besonderen Genehmigung.

Um 19 Uhr: Licht aus!

Diesem Rundgang schließt sich ein Rundgang durch die modern eingerichteten Werkstätten des Zuchthaus an. Es gibt eine Schusterei, Schreinerei, Schneiderei, die Bäckerei und Großküche. Unter Leitung und Bewachung von Justizangestellten wird dort die Arbeit verrichtet. Der Tag im Zuchthaus beginnt um 7 Uhr. Dem Waschen und Reinigen der Zellen folgt um 7.30 Uhr das Frühstück. Die Arbeitszeit in den eigenen Werkstätten und auf den Außenarbeitsstellen am Vormittag beginnt um 8 Uhr und endet um 12 Uhr, dazwischen liegt eine halbe Stunde Freizeit. Nach der Mittagspause wird von 13 bis 18 Uhr weitergearbeitet. Bereits um 19 Uhr verläßt das Licht in den Zellen. Von jetzt ab muß absolute Ruhe herrschen. Die Sonntage werden in den Zellen verbracht. Das Rauchen dort und am Arbeitsplatz ist untersagt.

... ihre Tatsachen

Im Büro des Anstaltsleiters erkundigte ich mich nach der Behandlung der zu lebenslänglichen Zuchthaus Verurteilten. „Ein Unterschied in der Behandlung ist kaum zu spüren, sie werden jedoch nicht zu Außenarbeiten herangezogen. Unsere Erziehungsarbeit, wenn man so sagen darf, zielt darauf hin, die straffällig Gewordenen wieder zu ordentlichen Menschen zu machen, die sich nach Verbüßung ihrer Strafe im Leben wieder zurechtfinden können und nicht erneut straffällig werden. Aber darüber muß man sich klar sein, die Menschen, die hierher gebracht werden, haben sich durch ein Verbrechen außerhalb der menschlichen Gesellschaft gestellt und sollen und müssen ihre Tat sühnen.“